

LaG - Magazin

Mittel- und osteuropäische

Erinnerungskulturen

02/2017

22. Februar 2017

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion:

Erinnern woran? Postsowjetische Erinnerungskultur in der Ukraine.....	5
Das Neunte Fort in Kaunas: Litauen zwischen Gulag- und Holocausterinnerung.....	9
Judenvernichtung und Roma-Genozid in der tschechischen Geschichtskultur.....	14

Empfehlung Fachbuch:

Litauische Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg.....	20
Conflict and Memory: Bridging Past and Future in [South East] Europe.....	25
Erinnern mit Hindernissen.....	28

Empfehlung Web:

Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen.....	31
Verwandte Diktaturen? History@Debate – der Webtalk der Gerda Henkel Stiftung und der Körber-Stiftung.....	33

Projektvorstellung:

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde / Zeitschrift Osteuropa.....	35
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins. Wir befassen uns in diesem Monat mit Geschichtskulturen ausgewählter Länder in Mittel- und Osteuropa. Wesentlich geprägt sind für diese Staaten durch zweierlei Erinnerungen: Die an den stalinistisch fundierten „real existierenden Sozialismus“ und die Erinnerung an die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg. In vielen Staaten des östlichen Europas hat sich infolge der demokratischen Umbrüche 1989/90 ein neues Geschichtsnarrativ entwickelt, dass die eigene Nation zum Opfer zweier „totalitärer Regime“ konstruiert. Im Zuge dieser totalitarismustheoretischen Deutungen werden Verstrickungen der eigenen Bevölkerung sowohl in die stalinistische Herrschaft als auch in die nationalsozialistischen Verbrechen teilweise ignoriert oder gerechtfertigt. Das ist im Fall von Litauen besonders augenfällig, wo erst eine neue Generation von Historiker_innen sich mit den „blinden Flecken“ der eigenen Geschichte befasst. In der westlichen Ukraine greift demgegenüber eine Verherrlichung von Stepan Bandera um sich, die ihren Ausdruck in neuen Denkmälern für ihn findet, während vor allem in den östlichen Landesteilen noch immer das Narrativ vom „Großen Vaterländischen Krieg“ dominiert.

Die problematischen Geschichtsdeutungen haben aktuelle Auswirkungen. In Tschechien wird höchst zögerlich an den Völkermord an Sinti und Roma erinnert. Gleichzeitig gab

es ab Mai 2013 eine regelrechte Welle von rassistischen Aufmärschen gegen tschechische Roma, die in der Stadt Duchov ihren Ausgangspunkt hatten. Auch tschechische Politiker benutzen immer wieder das Stereotyp vom „asozialen Zigeuner“. In dieser Ausgabe des LaG-Magazins betrachten wir die Länder Tschechien, Ukraine und Litauen genauer.

Juliane Niklas befasst sich mit der Zerrissenheit der postsowjetischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine. Sie zeigt die problematischen Aspekte der Lustrationsgesetzgebung auf und geht darauf ein, wie das Gedenken an den Holodomor andere Erinnerungskomplexe überlagert.

Ekaterina Makhotina greift am Beispiel der musealen Inszenierungen im Neunten Fort in Kaunas die Erinnerungskonflikte in der litauischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auf. Sie weist daraufhin, dass die Konstruktion eines sowjetischen Genozids an der litauischen Bevölkerung der Nationalisierung der Erinnerung dient.

Ingolf Seidel schreibt über Entwicklung der Erinnerung an die Judenvernichtung und an den Genozid an Sinti und Roma in der heutigen Geschichtskultur. Dabei zeigt er die unterschiedlichen Gewichtungen auf, die die beiden Massenverbrechen heute in Tschechien einnehmen.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

Wir bedanken uns bei den externen Autor_innen herzlich für Ihre Essays. Die Redaktion wünscht Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe eine interessante Lektüre.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 29. März 2017 und trägt den Titel „Der Große Terror 1937 - 1938 in der Sowjetunion“.

Ihre LaG-Redaktion

Erinnern woran? Postsowjetische Erinnerungs- kultur in der Ukraine

Von Juliane Niklas

Die Ukraine ist gespalten – das haben zuletzt die Anti-Regierungs-Proteste auf dem Maidan gezeigt, davor aber bereits die „Ukraine ohne Kučma“-Bewegung und die Orangene Revolution. Geografisch-ideologisch verläuft diese Spaltung zwischen Ost und West, die beiden Pole werden entsprechend vereinfachend als pro-russisch und pro-ukrainisch (oder pro-europäisch beziehungsweise pro-westlich) beschrieben, wobei hiermit unter anderem Unterschiede in der Religionszugehörigkeit (katholisch versus orthodox), die hauptsächlich verwendete Sprache (Ukrainisch versus Russisch), unterschiedliche Einkommensverhältnisse (mit Ausnahme von Kiew ist das Einkommen im Osten höher als in der West- und Zentralukraine) und unterschiedliche Parteivorlieben zusammengefasst sind. Am deutlichsten zeigt sich die Spaltung aber in der Erinnerungskultur: Die Präferenz, ob an die Rote Armee und den Sieg über Nazi-Deutschland gedacht wird oder ob die Sowjetisierung mit ihren fatalen Folgen im Mittelpunkt der Erinnerung steht, unterscheidet sich zwischen Ost und West.

Die Westukraine hatte zur k.u.k. Monarchie und bis 1939 zu Polen gehört, sie gehörte also nicht zur sowjetischen Einflussosphäre. Im Westen war die Organisation Ukrainischer Nationalisten aktiv, dort kollaborierte man ab 1941 mit Nazideutschland in der

Hoffnung auf Befreiung vom „bolschewistischen Terror“. Die Erzählung vom „Großen Vaterländischen Krieg“, der eigentliche Gründungsmythos der Sowjetunion, in dem sich Ukrainer_innen, Russ_innen, Jüdinnen und Juden als Mitglieder einer Gemeinschaft von Siegern fühlen konnten, gilt weniger in der Westukraine, wo der Holodomor ab 1991 ein Gründungsmythos der Ukraine wurde. Dort wurde die Nation demzufolge als Vereinigung von Opfern, nicht von Siegern gesehen. Die Erinnerungen an die Holodomor genannte Hungersnot der Jahre 1932/33 überlagert das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs. Die semantische Ähnlichkeit zwischen Holocaust und Holodomor (Holod-omor, Hungerssterben) ist zwar zufällig, die Verwendung des Wortes sicher nicht.

Gleichzeitig hat die Ukraine neue Opfer zu betrauern: die gefallenen ukrainischen Soldaten in der Ostukraine.

Staatlicherseits befindet sich die Ukraine gerade auch erinnerungskulturell in der Phase einer Abkehr von Russland / der Sowjetunion. Das betrifft Gesetze wie das Lustrationsgesetz und die Dekommunisierung ebenso, wie in Stein zu meißeln, was bislang nur Usus war: 2014 wurde das einstige „Nationalmuseum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Jahre 1941-1945“ in Kiew umbenannt in „Nationalmuseum der Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg“. Damit ging auch eine durchaus umstrittene Verschiebung des Erinnerungszeitraumes von 1941-1945 auf 1939-1945 einher. Dies bedeutet vor allem

die Einbeziehung des Molotov-Ribbentrop-Paktes inklusive des geheimen Zusatzprotokolls, womit erinnerungskulturell der Ukraine eine doppelte Opferrolle zuteilwurde. Solange die Ukraine zur UdSSR gehörte, fungierte der „Große Vaterländische Krieg“ mit seinen exemplarischen Helden- sowie Opfertaten als Ausgangspunkt für die Schaffung patriotischer Symbole und kollektiver Gedenkmuster. Auch in anderen Ländern Osteuropas herrscht eine homogene Darstellung des Krieges vor, während nach den politischen Umbrüchen von 1990 zugleich eine Nationalisierung des Geschichtsbildes zu beobachten ist. In der Regel äußert sich dies in der Entglorifizierung des sowjetischen Sieges und dem Verweis auf nationale Unabhängigkeitsbewegungen, in der Ukraine zusätzlich in einer (vermeintlichen) Europäisierung der Erinnerung.

Lustration und Dekommunisierung

Präsident Petro Poroschenko erfüllte als eine zentrale Forderung der Demonstrierenden auf dem Maidan die Lustration, also die Entfernung von „politisch belasteten“ Mitarbeiter_innen aus dem öffentlichen Dienst. Ein entsprechendes Gesetz unterzeichnete er noch 2014. Das Gesetz betrifft Beamte, die in der Regierungszeit unter Präsident Viktor Janukovič hohe Ämter innehatten, ebenso ehemalige Kommunist_innen – also alles, was russisch oder gar noch sowjetisch anmutet. Das „Gesetz über die Verurteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen totalitären Regime in der Ukraine und das Verbot der Propagierung ihrer Symbole, No. 317-VIII“ vom 9. April 2015 leitete

dann die staatliche Dekommunisierung ein. Kommunistische Denkmäler (außer Denkmäler mit Bezug auf den Zweiten Weltkrieg) mussten entfernt, Plätze, Straßen und Orte mit kommunistischen Namen umbenannt werden.

Hinzu kommt, dass es auf den gleichen Tag datierende neue rechtliche Grundlagen des Erinnerns gibt, die beispielsweise in Bezug auf die Einschätzung der OUN-UPA keine Kontroversen zulassen, das „Gesetz über die rechtliche Stellung und die ehrende Erinnerung an die Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im zwanzigsten Jahrhundert, No. 314-VIII“, ebenfalls vom 9. April 2015.

Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-b) unter Stepan Bandera war eine faschistische Terrororganisation, die einen ukrainischen faschistischen Staat nach Vorbild Mussolini-Italiens gründen wollte. Die Selbstbezeichnung war „Natiokraten“, aber „im Prinzip nannten sich die ukrainischen Nationalisten nur deshalb nicht Faschisten, weil sie die ‚Originalität‘ des ukrainischen Nationalismus betonen wollten“ (Bruder S. 35). Die OUN bzw. deren 1943 gegründeter Arm Ukrainische Aufständische Armee (Ukrajins'ka Povstans'ka Armija, UPA) waren seit Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion bis 1944 an der Ermordung zehntausender Juden, Polen und Russen beteiligt. Im Juni 1941 proklamierte Bandera nach dem Einmarsch der Wehrmacht die ukrainische Unabhängigkeit. Wegen dieser Unabhängigkeitserklärung deportierten die Deutschen Bandera ins KZ Sachsenhausen, entließen ihn aber 1944 wieder. Seine Zeit

als Ehrenhäftling in Sachsenhausen scheint ihn wie die gesamte OUN-UPA vom Vorwurf des Faschismus freizusprechen. Genau auf diese „Kämpfer der Unabhängigkeit der Ukraine“ bezieht sich das Gesetz.

Holodomor

Dürre, Missernten und stalinistische Kollektivierung mit Zwangsabgaben von Getreide führten in der UdSSR gerade in den Jahren 1932/33 zu Hungersnöten. Die Ukraine war dabei in besonderem Maße betroffen, da die Regierung die ukrainischen Grenzen für die Ausreise geschlossen hatte. Die genaue Zahl der Opfer ist bis heute unbekannt, Schätzungen gehen bis zu sieben Mio., wobei hier der Geburtenverlust einberechnet sein dürfte. Eine realistische Zahl dürfte die von 2,5 bis 3,5 Mio. Opfern sein, immer noch eine außerordentlich hohe Zahl. Im sowjetischen Sprachgebrauch handelte es sich bei der Kollektivierung unter anderem um eine Maßnahme zur „Liquidierung der Kulaken“. Die genauen Umstände und Deutungen sind bis heute Gegenstand von Debatten: War die Hungerkatastrophe Absicht oder Konsequenz der skrupellosen Politik? Wenn die Kollektivierung gegen eine Klasse oder soziale Schicht gerichtet war, war es die Hungerpolitik dann ebenfalls? Dann könnte die Hungerkatastrophe als Sozozid per Definition der UNO kein Genozid sein, auch wenn das ukrainische Parlament (aber auch einige andere Länder) den Holodomor als Genozid ansehen. Die Frage, ob der Holodomor ein Genozid war, ist ein zentraler Punkt im inoffiziellen russisch-ukrainischen Historikerstreit.

Im öffentlichen Raum überlagert das Holodomor-Gedenken andere Gedenkkomplexe. Seit 2008 befindet sich das Nationalmuseum für die Erinnerung an die Opfer des Holodomor in Kiew im Park des Ewigen Ruhmes, einem Park in sowjetischem Stil mit Ehrenobelisk und Ewiger Flamme für den Unbekannten Soldaten.

In Bezug auf den Lyčakivs'kyj Friedhof in L'viv lässt sich gar von einem Gedenksammelsurium sprechen. Auf dem zentralen Platz des Waldfriedhofes stehen meterhohe weiße Kreuze, die, durch Jahreszahlen kenntlich gemacht, an die Opfer des Holodomor erinnern, neben einem Gedenkstein für die ukrainische Armee (inklusive der 14. Waffen-Grenadier-Division, also der SS-Division Galizien), daneben Gräber von nach dem Krieg verstorbenen Mitgliedern der OUN-UPA. Aber auch frisch angelegte und reich mit Plastikblumen geschmückte Gräber sind zu sehen – hier sind diejenigen bestattet, die im Osten des Landes gefallen sind, in einem Krieg, der kein Krieg ist, sondern eine „Anti-Terror-Operation“.

Symbolischer Erinnerungskrieg

Die Maidan-Revolution war unter anderem Ausdruck einer nationalen antirussischen Identität – der ukrainische Dreizack, Blumenkränze im Haar, reich bestickte Blusen und Hemden waren Symbole, die auch die Fernsehaufnahmen prägten. Dass sich Teile des Maidan positiv auf den je nach Sichtweise Freiheitskämpfer oder NS-Kollaborateur zu bezeichnenden Bandera beriefen, dass der OUN-Schlachtruf

„Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm!“ und die Beteiligung von organisierten Neonazis auf dem Maidan gängig waren, war Wasser auf die Mühlen Russlands, dessen Propaganda auf dem Maidan eine neue faschistische Junta sah oder eine direkte Parallele ziehen konnte zur historischen, mit Nazis kollaborierenden OUN. Auch die schwarz-rote Fahne der OUN war gehäuft auf dem Maidan zu sehen, neben den blau-gelben Fahnen der Ukraine und dem europäischen Sternenbanner. Doch auch ein anti-ukrainisches Symbol war schnell gefunden: Diese Funktion erfüllte das orange-schwarze St.-Georgs-Band, einst sowjetisches Symbol für den Sieg über den Faschismus, nun pro-russisches Symbol für den Kampf gegen ein vermeintlich faschistisch regiertes Land. Dass der Maidan komplett faschistisch gewesen sein soll, ist selbstverständlich nicht haltbar. Der Vorwurf an den Maidan, sich zu keinem Zeitpunkt von den Nazis zu distanzieren zu haben, hat dennoch Bestand.

Was tun?

Die Frage, wie unterschiedliche Narrative berücksichtigt werden und unterschiedliche Erinnerungskulturen nebeneinanderstehen können, ist nicht leicht zu beantworten. Dass Geschichtserzählungen Konstruktionen sind und als solche dargestellt werden müssen, dass Berichte über die Vergangenheit auf Interpretation und (Um-)Deutung beruhen, mag in einer westlichen Geschichtsdidaktik Usus sein.

In der Ukraine dagegen scheinen Kontroversität und Multiperspektivität keine pädagogischen Ziele zu sein. Dies legt zumindest ein Blick in die Broschüre „Gedenkkomplex Nationalmuseum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Jahre 1941-1945“ von 2004 (eine aktuellere Ausgabe war im November 2016 nicht in der Museumsbuchhandlung erhältlich) nahe. Das Museum solle „die geschichtliche Wahrheit über Opfer und Heldentaten des Volkes im Kampf gegen den Nazismus offenbaren“ und „die patriotische Erziehung der Bürger [...] fördern“.

Literatur

Bruder, Franziska: „Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!“. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929-1948, Berlin 2007.

Über die Autorin

Juliane Niklas ist Slavistin und arbeitet als Referentin für Internationale Jugendarbeit und Schüleraustausch in Mittel- und Osteuropa und Israel beim Bayerischen Jugendring.

Das Neunte Fort in Kaunas: Litauen zwischen Gulag- und Holocausterinnerung

Von Ekaterina Makhotina

An Sommertagen ist viel los im Neunten Fort der Kaunasser Festung: Schulgruppen besichtigen die Festungsanlage aus dem Ersten Weltkrieg und bekommen die sowjetischen Verhörpraktiken vermittelt, einige machen einen Picknick- und Badetag am See, Jugendliche aus dem Nachbarort nutzen den Park zum Inline-Skaten und die Bänke für Geselligkeit, Kinder und Hunde erfreuen sich an der Grünanlage, ab und zu fotografiert man den interessanten Schattenwurf auf dem monumentalen Denkmal, das von weit her zu sehen ist. Die 32 Meter hohe Skulpturengruppe, die drei von Trauer, Wut und Leid verzerrte Menschenfiguren darstellt, irritiert – zu deutlich ist der Kontrast zu dem friedlichen Geschehen auf dem Festungsgelände. Während das 1984 aufgestellte Mahnmal der Opfer der deutschen Besatzung gedenken soll, lernt der heutige Besucher des Museums vor allem den sowjetischen Terror und die Fortifikationskunst im Ersten Weltkrieg kennen.

Das Neunte Fort in Kaunas gehört zu den international bekannten Orten der Vernichtung des europäischen Judentums. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in der Kaunasser Festung an die 50.000 Menschen ermordet, davon etwa 30.000 Jüdinnen und Juden, die hierher aus Frankreich, den Niederlanden, der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland zur Vernichtung

verschleppt wurden. Ungefähr 1.000 Münchener Jüdinnen und Juden gingen in Kaunas 1941 den letzten Weg, „den Weg des Todes“. So nimmt dieser Ort für die bayerische Hauptstadt, aber auch für Frankfurt am Main und für Berlin einen herausragenden Platz als „negativer Gedächtnisort“ (Reinhart Koselleck) ein, also ein „traumatischer Ort“, an dem „exemplarisch gelitten“ wurde. Für Holocaustforscher und Erinnerungsgemeinschaften spielt Kaunas eine ähnlich wichtige Rolle wie Auschwitz, Majdanek und Buchenwald, nur – hier wurde früher gemordet. Noch vor der Wannsee-Konferenz und der Inbetriebnahme der Todeslager wurden hier Massenexekutionen durchgeführt, schon im Sommer 1941 und kurz vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Das Neunte Fort war eine von etwa 200 Erschießungsstätten, die es in Litauen während der NS-Besatzung gab.

Auf der europäischen Karte des Holocausts sticht die deutsche Besatzung in Litauen besonders hervor. Zum einen, weil sich die deutschen Machthaber in keinem anderen Land so schnell und so weitgehend entschlossen, die Juden zu ermorden; zum anderen, weil das Judentum Litauens vom deutschen Vernichtungsplan besonders getroffen wurde: bis zum Krieg lebten hier 220.000 Jüdinnen und Juden. Von ihnen wurden 96 Prozent vernichtet, der größte Teil, etwa 140.000, bereits in den ersten fünf Monaten der deutschen Besatzung, – und nicht ohne die Beteiligung lokaler Helfer_innen und Mittäter.

In der sowjetischen Zeit erzählte die 1959 eröffnete Gedenkstätte von den Gräueltaten der deutschen Besatzer und stellte Opfergeschicksale u.a. mit Hilfe von persönlichen Gegenständen – Relikten aus den Erschießungsgräbern – dar. Das Gelände und der Festungsbau wurden musealisiert. Sie mussten authentisch bleiben, um mit ihrer Aura des Schreckens die Evidenz der Gräueltaten der Nationalsozialisten zu vermitteln – eine Praxis, die auch bei den KZ-Gedenkstätten im westlichen Europa verbreitet war. Ein sowjetisches Element der Ausstellung waren die „Wege der Helden“, die Geschichten sowjetischer Partisan_innen oder sowjetischer Kriegsgefangener, denen die Flucht aus dem Lager gelang.

Der Zerfall der Sowjetunion wurde begleitet von dem infragestellen der sowjetischen Geschichtsdeutung. In Litauen, wie auch in allen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, ging die Forderung nach der staatlichen Unabhängigkeit einher mit dem Ablegen der alten und dem Schaffen einer neuen „historischen Wahrheit“. Für die materielle Erinnerung bedeutete dies den Abbau der „nicht-zeitgemäßen“ Denkmale für sowjetische und litauische Kommunist_innen und die Schließung sowjetischer Museen. Die Wende vom sowjetischen zum national-litauischen Gedächtnis haben zwei Museen „überstanden“: das Museum in Paneriai und das Neunte Fort in Kaunas. Während das Erstere als Filiale des Jüdischen Museums heute die Geschichte der Vernichtung der Vilniusser Juden dokumentiert, wurde das Neunte Fort in Kaunas zu einer „doppelten“

Gedenkstätte umgestaltet. Hier eröffnete man 1990 das „Museum der Okkupationen“, es soll den stalinistischen und den nationalsozialistischen Terror dokumentieren.

Die Verbindung des Stalinismus und des Nationalsozialismus auf engstem musealem Raum, die Präsentation der „doppelten“ Opfererfahrung macht das Neunte Fort zu einer für ausländische Besucher_innen ungewöhnlichen, ja einmaligen Gedenkstätte. Tatsächlich ist der historische Ort, der Festungsbau, mit der stalinistischen Gewalt und Verfolgungspraxis verbunden: 1940-41, im ersten Jahr der sowjetischen Herrschaft, wurde das Neunte Fort vom NKVD zur provisorischen Unterbringung von politischen Gefangenen auf dem Weg in den Gulag verwendet.

In der musealen Inszenierung der sowjetischen Zeit wird heute weniger das Gefängnis 1940/41 dargestellt, sondern das Leid der litauischen Bevölkerung während der gesamten sowjetischen Zeit bis 1990. Die Leitmotive werden visuell an die national-litauische Symbolik angebunden: Zusammen mit einem Deportationszug wird die damals verbotene nationale Trikolore gezeigt; die Relikte der Lagerhäftlinge tragen entweder nationale oder religiöse Zeichen; eine besonders wichtige Rolle spielen die litauischen Militärs, die Ende der 1940er Jahre nach Sibirien verbannt wurden. Die Opfer des Stalinismus und zugleich der Grund für die Verfolgung werden „ethnisiert“. Die Gulagschicksale bleiben eine rein litauische Geschichte: Der_die Besucher_in kann den Eindruck gewinnen, es wären lediglich

Litauer_innen gewesen, die zur „Spezialansiedlung“ nach Sibirien verbannt wurden. Es sind universale und aus KZ-Gedenkstätten vertraute Objekte, die Empathie für die Opfer und Zorn auf die Täter hervorrufen sollen: Koffer, Gleise, Lageruniformen, Bilder von Wachtürmen und Stacheldraht. Nur geht es nicht um den Terror der deutschen Besatzung, sondern um den der „Sowjets“, die Ausstellung soll durch diese Präsentation genozidale Absichten der Sowjetmacht gegenüber den Litauer_innen vermitteln. Dass solch ein Narrativ nicht ohne Auslassungen und Leerstellen funktionieren kann, ist nur logisch: Verschwiegen werden die nicht-litauischen Opfer des Stalinismus, Litauer in der Sowjetarmee, sowjetische Kriegsgefangene (von denen 1941-44 auf dem litauischen Gebiet genauso viele vernichtet wurde wie Juden) oder die litauische Beteiligung an Verbrechen. Es ist kein Ort, an dem sowjetische Veteran_innen oder Ghetto-Untergrundkämpfer_innen einen Anschluss an ihre Kriegserinnerungen finden.

Der Teil der Ausstellung, der sich der jüdischen Vernichtung widmet, befindet sich im so genannten Festungsbau, in unbeheizten Räumlichkeiten, die einen längeren Aufenthalt unmöglich machen. Als Exponate dienen hier immer noch die Objekte der alten sowjetischen Ausstellung wie persönliche Gegenstände der Opfer. Die Ausstellung wurde kaum ergänzt, der Kontrast zur anderen, multimedial aufbereiteten Ausstellung sticht ins Auge. Heute stehen die Relikte aus den Gräbern als stumme Zeugen der

NS-Gewalt. Zu Holocausttätern informiert lediglich eine Tafel mit den Namen der führenden deutschen NS-Funktionäre des Reichskommissariats Ostland und Antanas Impulevičius, dem Kommandeur des 2. Litauischen Polizeibataillons.

Der Bataillonskommandeur Impulevičius ist sicherlich einer der skrupellosesten und bekanntesten Mörder der Jüdinnen und Juden im östlichen Europa, seine Einheit mordete sowohl in Litauen, als auch in Nachbarstaaten. Doch die litauische Beteiligung am Holocaust umfasste verschiedene Formen und Räume: pogromartige Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in den ersten Tagen nach dem deutschem Einmarsch, Beteiligung am systematischen Morden nach der Etablierung der deutschen Zivilverwaltung im August 1941, Beteiligung an den sogenannten „Aktionen“, bei denen jeweils mehrere Tausend Jüdinnen und Juden erschossen wurden, aber auch Gleichgültigkeit der litauischen Nachbar_innen, ausgebliebene Hilfe oder Verrat, falls jemandem die Flucht aus einem Lager gelungen war.

Der Ursprung der unterschiedlichen Gedächtnisse in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg ist bereits im ersten Tag der deutschen Besatzung zu finden. Während der 22. Juni 1941 für jüdische Litauer_innen den Beginn des Schreckens und der Massenvernichtung markiert, erlebten viele nicht-jüdische Litauer_innen diesen Tag als Chance zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit. Die Wehrmacht wurde von der lokalen (nicht-jüdischen) Bevölkerung freundlich begrüßt. Unmittelbar danach begannen

Pogrome gegen lokale Kommunist_innen und vermeintliche Mitarbeiter_innen der sowjetischen Strukturen – und gerade als solche galten Jüdinnen und Juden Litauens. Sie wurden als „Profiteure“ und Verantwortliche für das litauische Leid während des ersten sowjetischen Jahres 1940-41 stigmatisiert, das als schreckliches Jahr der „Rusenherrschaft“ in die Erinnerung eingegangen ist. Der Umstand, dass Litauen 1939 zur Einflusszone der Sowjetunion und nicht Deutschlands wurde, bedeutete für die jüdische Bevölkerung Schutz vor den Nationalsozialisten. Die daraus resultierende häufig positive Haltung gegenüber der Sowjetunion deuteten die Litauer_innen als Verrat. Für die nicht-jüdischen Litauer_innen bedeutete die Umwandlung zur sozialistischen Sowjetrepublik 1940 den Verlust der nationalen Unabhängigkeit, es verbreiteten sich extrem nationalistische und antisemitische Einstellungen, die Jüdinnen und Juden als Kommunist_innen und Kommunist_innen als Juden betrachteten. Als die sowjetische Staatssicherheit eine Woche vor dem Kriegsausbruch mit Deportationen von Litauer_innen nach Sibirien begann, deuteten viele Litauer_innen dies als gezielte Aktion der „jüdischen Kommunisten“ gegen das litauische Volk.

Die Theorie des „doppelten Genozids“ entstand zur Rechtfertigung der Verbrechen an den Jüdinnen und Juden, überdauerte die sowjetische Zeit im Exil und kam Ende der 1980er Jahre zurück in die litauische Diskussion über die Vergangenheit. Ihre museale Implementierung kann man heute

im „Museum der Okkupationen“ in der Gedenkstätte Neuntes Fort in Kaunas sehen. Der Komplexität des historischen Ortes als Ort des NKVD-Gefängnisses und des NS-Lagers wird man jedoch nicht gerecht, wenn man mit dem Hinweis auf den sowjetischen „Genozid“ die Erinnerung an die deutsche Mordstätte überblendet.

Geht man auf dem Gelände der Gedenkstätte den „Weg des Todes“, so trifft man auf die erhalten gebliebene Anlage des Exekutionsplatzes. An der Schießwand wurde in den 1950er Jahren eine Tafel mit der Inschrift angebracht „Hier wurden von Faschisten und örtlichen Helfern Menschen erschossen und verbrannt“. In der nachsowjetischen Zeit wurde der Satz ausgetauscht, heute lautet er „Hier haben die Nazis Menschen erschossen und verbrannt“. Mit dem Weglassen der „örtlichen Helfer“ wird im Neunten Fort ein schwieriges Kapitel der deutsch-litauisch-jüdischen Geschichte verdeckt.

Literatur

Reinhart Koselleck: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses. In: Volkhart Knigge; Norbert Frei (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Bonn 2005, S. 21-33

Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944. 2 Bde. Göttingen 2011.

Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg. Göttingen 2017.

Lernen aus der Geschichte

Zur Diskussion

Wolfgang Scheffler: Massenmord in Kowno. In: Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Bd. 1. München 2003.

Webseite der Gedenkstätte: <http://www.9fortomuziejus.lt>

Über die Autorin

Dr. Ekaterina Makhotina ist Lehrstuhlassistentin für die Geschichte Osteuropas an der Universität Bonn. Ihre Schwerpunkte sind Erinnerungskulturen in Russland und in Ostmitteleuropa, Stalinismus, Geschichte Litauens im 20. Jahrhundert sowie Strafpraxis im Russland des 18. Jahrhunderts.

Zuletzt von ihr erschienen: Erinnerung an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg. Göttingen (2017).

Judenvernichtung und Roma-Genozid in der tschechischen Geschichtskultur

Von Ingolf Seidel

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und an die deutsche Besatzung in Mittel- und Osteuropa ist ein komplexes Feld. Es ist geprägt von Erinnerungskonkurrenzen in der Auseinandersetzung mit dem „real existierenden Sozialismus“ und der nationalsozialistischen Herrschaft. Das gilt auch für die Tschechische Republik, die in der heutigen Form seit der Auflösung der Tschechoslowakei im Jahr 1993 besteht.

In Fragen der Erinnerung und der Geschichtskultur spielen verschiedene Ereignisse hinein, welche die neuere Geschichte des Landes prägten. Dazu gehört die Besetzung durch das nationalsozialistische Deutsche Reich in zwei Etappen: Die Okkupation der tschechischen Randgebiete durch die Wehrmacht infolge des Appeasements der westlichen Mächte Großbritannien und Frankreich, das zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 führte. Die folgende Besetzung der „Rest-Tschechei“, so der nationalsozialistische Sprachgebrauch, bildete schließlich das Ende der tschechoslowakischen Zweiten Republik. Im slowakischen Landesteil wurde ein autoritär-klerikaler Vasallenstaat unter Führung der Partei von Jozef Tiso eingerichtet, der eng mit dem nationalsozialistischen Deutschland kooperierte. Per Erlass von Adolf Hitler vom 16. März 1939 wurde in den westlichen Landesteilen das

„Protektorat Böhmen und Mähren“ errichtet, welches über einen rein formellen Autonomiestatus verfügte. Dessen erster Staatspräsident war der ehemalige Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Emil Hácha.

Zu den Folgen nationalsozialistischer Besatzung gehören immer wieder neu aktualisierte geschichtspolitische Konflikte um die Aussiedlung und Vertreibung von Deutschen vor allem in den Jahren 1945/46 (s. dazu auch Micha Brumlik: Deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Frage der Schuld) sowie der öffentliche Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg während der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR, bzw. ČSR vor 1960) und selbstverständlich nach dem Niedergang des autoritären Staatssozialismus im Jahr 1989. Im Folgenden wird in erster Linie der geschichtskulturelle und -politische Umgang mit der Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden sowie an den Völkermord an Sinti und Roma ausschnitthaft zusammengefasst. In der Auseinandersetzung mit den tschechischen Geschichtskulturen sollten die in Deutschland bestehenden Problematiken im gesellschaftlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus und die langjährige Erinnerungs- und Schuldabwehr mitgedacht werden.

Die seit 1948 in der ČSR herrschende Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPČ) lehnte sich in ihrer Geschichtspolitik eng an das sowjetische Vorbild an. Die Befreiung des Landes durch die Sowjetunion wurde so zum dominierenden Narrativ und begleitet durch die Erzählung vom

Theresienstadt - Terezín

heldenhaften Kampf tschechischer und, in geringerem Maß, slowakischer Kommunist_innen (vgl. Bauerkämper 2012: 270). Vor allem die Auslöschung des Dorfes Lidice durch die SS als Teil der Repression nach dem Attentat tschechischer Fallschirmspringer auf Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942, wurde zu einer nationalen Erinnerungssikone. Vor dem Hintergrund der universalistischen antifaschistischen Narrative blieb die Erinnerung an die deutsche Vernichtungspolitik an den Juden, und in noch stärkerem Maß an die Ermordung der Sinti und Roma, marginal. Allerdings wurde auch die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen tschechischen Exilregierung in London aus dem realsozialistischen Erinnerungskanon herausdefiniert. Im Gegenteil trug die Auseinandersetzung mit der deutschen antijüdischen Vernichtungspolitik seitens der KPČ zu verschiedenen Zeitpunkten offen antisemitische Züge. Im Jahr 1952 äußerte der kommunistische Staatspräsident Klement Gottwald: „Die zionistischen Organisationen und deren amerikanische Prinzipale treiben ein schändliches Spiel mit den Leiden, die Hitler und die übrigen Faschisten über die Juden gebracht haben. Man kann direkt davon sprechen, dass sie aus der Asche von Auschwitz und Maidanek Kapital schlagen wollen.“ (zit. nach Hallama 2015: 57) 1952 war das Jahr des antisemitischen Slánský-Prozesses und auch später zu Beginn der 1970er Jahre wird das antizionistisch-antisemitische Motiv wieder eine Rolle in der tschechoslowakischen Geschichtskultur spielen.

Das Polizeigefängnis der Gestapo in der zur Bastionsfestung Theresienstadt gehörenden „Kleine Festung“ wurde ab 1940 als Ort der Verfolgung von vor allem politischen Häftlingen des tschechischen Widerstandes genutzt. Während (tschechische) Jüdinnen und Juden im Theresienstädter Ghetto in der „Großen Festung“ konzentriert und von dort nach Auschwitz deportiert wurden.

Die Gedenkstätte Theresienstadt, eingerichtet am 6. Mai 1947, also noch vor der Herrschaft der KPČ, trug anfangs die Bezeichnung „Mahnmal des nationalen Leides“ (Blodig 2005: 221). Die Erinnerungsgeschichte des Ortes war von Anfang an aufgeladen durch nationale und heldenhafte Erzählungen. Das jüdische Schicksal spielte dabei keine Rolle und wurde auch nicht in der ersten, im Juni 1949, eröffneten Dauerausstellung in der „Kleinen Festung“ erwähnt (Vgl. Hallama 2015: 80). Erste Versuche seitens jüdischen Gemeinden an die Ermordeten zu erinnern gab es bereits früh in den Jahren 1944 und 1946, doch die Bestrebungen stießen auf das Desinteresse und die Ablehnung der örtlichen Bevölkerung. Im Zuge der reformkommunistischen Bestrebungen Mitte der 1960er Jahre und im „Prager Frühling“ gab es zeitweise Veränderungen in der offiziellen Politik. So wurde nach einem Regierungsbeschluss 1968 ein Architektenwettbewerb ausgelobt, der vor allem die Ausgestaltung der Gedenkorte an jüdisches Leid in Theresienstadt zum Ziel hatte (Vgl. Hallama 2015: 109). Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch sowjetische Truppen kam

es zu einer ideologischen Erneuerung des antifaschistischen Universalismus. Bestehende Planungen für ein Ghetto-Museum wurden, nachdem sie vorher herausgezögert wurden, wieder ad acta gelegt. Peter Hallama sieht darin den Ausdruck einer allgemeinen gesellschaftlichen „Teilnahmslosigkeit gegenüber dem jüdischen Schicksal und die Konzentration auf die – eng aufgefasste – eigene Nation“ (Hallama 2015: 141), ein Nationenbegriff, der Jüdinnen und Juden, aber auch Sinti und Roma, aus derselben hinausdefinierte. Wie in anderen Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrages oder in vormaligen sowjetischen Teilrepubliken kam es auch in der Tschechoslowakei zu Überprüfungen der ehemaligen politischen Eliten und einer Gesetzgebung, die von anti-totalitären Doktrinen geleitet war. So wurde 2007 ein Gesetz über ein „Institut zum Studium totalitärer Regimes“ verabschiedet, das „auf einer nationalistischen Gedächtnispolitik [beruht, IS], welche die Besatzungsherrschaft des »Dritten Reiches« und der Sowjetunion weitgehend gleichsetzt.“ (Bauerkämper 2012: 270) Andererseits erfuhr die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden nach 1989 staats-offiziell eine neue Dynamik. Bereits 1990 wurde in Theresienstadt eine neue Ausstellung zur „Rolle Theresienstadts bei der sog. ‚Endlösung der Judenfrage‘ vorbereitet“ (Blodig 2005: 227) und ein Jahr später eröffnet. Weitere Ausstellungen folgten. Die „Magdeburger Kaserne“, in der ab 1941 unter anderem die Wohnung des Judenältesten und Büros der sogenannten jüdischen

Selbstverwaltung untergebracht waren, erhielt Ende der 1990er Jahre Ausstellungsflächen und eine internationale Begegnungsstätte (Vgl. Theresienstadt 1941 – 1945). Ein zentrales Denkmal für die ermordeten tschechischen Jüdinnen und Juden gibt es allerdings bis heute nicht.

Der Völkermord an Sinti und Roma im „Protektorat Böhmen und Mähren“

Weitaus prekärer ist es bis heute um die Repräsentation des Völkermordes an den Sinti und Roma in Tschechien bestellt. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges lebten auf dem Gebiet des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 6.500 Roma. Von ihnen überlebten nur knapp zehn Prozent den Völkermord. Bereits im August 1940 wurden die Lager Lety, im südböhmischen Distrikt Písek, und Hodonín, im mittelmährischen Distrikt Blansko, eröffnet. Die Lager waren als Arbeitslager für „Arbeitsscheue“ gedacht, in denen Roma anfangs nur ein Viertel der Inhaftierten ausmachten. Dies änderte sich und ab August 1942 wurden Lety und Hodonín zu „Zigeunerlagern“. In Hodonín waren gesamt 1.317 und in Lety 1.308 Roma inhaftiert (vgl. Zimmermann 2008: 12). Auf der Grundlage der Verordnung zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom 10. Juli 1942, wurden die tschechischen Roma am 2. August 1942 erkenntnisdienlich erfasst (Vgl. Ebda.: 12). Die Verordnung 1942 bildet Michael Zimmermann zufolge „den Übergang von einer Zigeunerpolitik, die sich als Teilbereich einer rassenhygienisch motivierten Bekämpfung der „Asozialen“

verstand, zu einer Verfolgung sui generis, die derjenigen des Reiches entsprechen und der dortigen rassistischen Klassifikation angepasst werden sollte.“ (Zimmermann 2008: 12) In den Jahren 1942/43 wurden zahlreiche Roma aus den beiden Lagern in das Stammlager Auschwitz I deportiert. Später im Jahr 1944 kamen Deportierte direkt in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Die Kommandanten und das Wachpersonal der „Zigeunerlager“ Hodonín und Lety bestand aus Tschechen. Der Kommandant in Hodonín war seit 1940 Stefan Blahynka, sein Stellvertreter war Jan Sokl (Vgl. Nečas 1999: 103). Sie führten ein hartes und grausames Regime. Der Überlebende Edvard Daniel erinnert sich an seine Ankunft in Hodonín: „We were awaited by Czech guards, no SS men, they were really mean bastards, though. I’ve been through Auschwitz and other camps but was beaten only once and moreover it was because of some Pole. But our gendarmes beat me so many times you have no idea.“ (Ebda.: 107) Die Roma mussten in den Lagern Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen verrichten. Dabei starben Hunderte. In Hodonín wurden zudem 1945/46 Sudetendeutsche interniert und in den 1949/50 diente das Lager zur „Umerziehung“ von Regimegegnern.

Die Erinnerung an den Genozid der tschechischen Roma ist in der Nachkriegszeit ausgesprochen randständig bis kaum vorhanden. Es waren in der Regel Roma, häufig Überlebende, die sich der Erinnerungsarbeit widmeten. Die tschechische Mehrheitsgesellschaft hatte kein Interesse an der

Beschäftigung mit der Ermordung und Vernichtung der Roma. In der stalinistischen, beziehungsweise vom Stalinismus geprägten ČSR/ČSSR standen Roma unter einem hohen staatlichen Assimilationsdruck, der darauf ausgerichtet war die Eigenständigkeit der Roma-Kultur zu zerstören. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen brachte der „Prager Frühling“ auch positive Veränderungen für die Roma mit sich. Es war 1969 das erste Mal möglich einen eigenen Verband in Brno unter dem Namen „Verband der Zigeuner-Roma“ zu gründen, der vielfältige soziale und kulturelle Aktivitäten entfaltete (Vgl. Bubnová 2014: 102). Im Jahr 1973 wurde der Verband allerdings bereits wieder aufgelöst. „Danach wurden noch weitere, oft auch sinnlose und rücksichtslose Versuche zur Assimilierung der Sinti und Roma in die Gesellschaft und durch den Staat durchgeführt.“ (Bubnová: Ebda.) Die Situation der Roma hat sich allerdings auch in den Jahren nach 1990 nicht gebessert und auch heute gibt es immer wieder Ausbrüche eines gewalttätigen Antiziganismus.

Das Konzentrationslager Lety in der tschechischen Erinnerung

Am Beispiel von Lety lässt sich die geschichtskulturelle Entwicklung gut nachvollziehen. In Lety wurde auf dem Gelände der ehemaligen Konzentrationslagers 1972 eine Schweinemastanlage erbaut, die bis heute dort besteht. Erst 1995 wurde in Lety ein Denkmal an den Roma-Genozid durch Vaclav Havel enthüllt. Allerdings entsprach das Denkmal nicht den Vorstellungen überlebender Roma, sodass das Komitee für die

Entschädigung des Roma-Holocaust am Friedhof von Mirovice, wo ermordete Roma-Kinder begraben wurden, zusätzliche Gedenktafeln anbringen ließ. Bis heute ist die Situation am Ort des ehemaligen „Zigeunerlagers“ durch die Fortexistenz des Schweinemastbetriebes ausgesprochen unbefriedigend. Roma-Verbände und Menschenrechtsaktivist_innen protestieren schon lange gegen den unwürdigen Zustand. Das Europaparlament hat im Jahr 2005 in einer Resolution die Schließung des Betriebes gefordert. Vonseiten verschiedener tschechischer Regierungen gab es auch Versprechen den momentanen Zustand zu beenden, allerdings bestehen diese Zusagen bereits seit 20 Jahren. Erste konkrete Schritte zum Ankauf der Anlage, und damit zur Lösung des Problems, hat die tschechische Regierung nun im Jahr 2016 unternommen. Der Genozid an den Roma wird jedoch immer wieder verharmlost und relativiert, auch von Regierungsmitgliedern. Der tschechische Vizepremier und Finanzminister Andrej Babiš, Mitglied der populistischen ANO-Partei, äußerte sich im September 2016 mit folgenden Worten: „Es gab Zeiten, als alle Roma gearbeitet haben. Es ist eine Lüge, dass das Lager in Lety ein Konzentrationslager war, denn es war ein Arbeitslager – wer nicht arbeitete, der war mit einem Schubs dort.“ (dRoma Blog 2016) Bei einem folgenden Besuch in Lety bezeichnete Babiš gar in antiziganistischer Manier Roma-Eltern als „Parasiten“.

Am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Hodonín soll im August dieses Jahres eine moderne Gedenkstätte mit einer tschechisch- und englischsprachigen Ausstellung eröffnet werden. Dazu wurde die einzige noch existente Lagerbarracke restauriert. Vorher befand sich am historischen Ort ein Erholungszentrum. Die neuen Ausstellungen sollen auch die Nutzung als Ort der Internierung von Sudetendeutschen und von Oppositionellen während der Nachkriegszeit thematisieren. Auch an diesem Ort bedurfte es etlicher Anstrengungen um eine würdige Erinnerung zu etablieren. Vor allem das Museum für Roma-Kultur in Brno war hierbei aktiv.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden und an die der Roma sehr unterschiedlich in der tschechischen Geschichtskultur verankert ist. Die kommende Eröffnung einer Gedenkstätte in Hodonín ist sicherlich ein zukunftsweisendes Signal. Eine Auseinandersetzung mit Verstrickungen von Tschech_innen in Form von Mitäterschaft und Kollaboration, vor allem in Bezug auf die Ermordung der Roma, findet bisher kaum statt. Dabei ist ein immer wieder aufflammender, auch gewalttätiger und auch institutioneller Antiziganismus in der Tschechischen Republik durchaus ein fortwährendes Problem und eine Bedrohung für im Land lebende Roma.

Literatur

Arnd Bauerkämper (2012): Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945. Paderborn München Wien Zürich.

Vojtěch Blodig (2005): Die Gedenkstätte Theresienstadt in der Vergangenheit und Gegenwart. In: Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiří Pesek (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen. S. 221-228.

dRoma Blog (2016): KZ Lety: Regierung will Schweinemast kaufen, <http://www.roma-service.at/dromablog/?p=37988> (eingesehen am 3 1.01.2017)

Peter Hallama (2015): Nationale Helden und jüdische Opfer. Tschechische Repräsentationen des Holocaust. Göttingen.

Václava Kutter Bubnová (2014): Die NS-Opferverbände und die Opferdiskurse seit 1993 in der Tschechischen Republik und in der Slowakei. München.

Ctibor Nečas (1999): The Holocaust of Czech Roma. Prag.

Theresienstadt 1941 – 1945. Ein Nachschlagewerk, <http://www.ghetto-theresienstadt.info/pages/k/kasernemd.htm> (eingesehen am 31.01.2017)

Michael Zimmermann (2008): Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Ost- und Südosteuropa – ein Überblick. In: Felicitas Fischer von Weikersthal, Christoph Garstka, Urs Heftrich, Heinz-Dieter Löwe (Hg.): Der nationalsozialistische Genozid an den Roma Osteuropas. Geschichte und künstlerische Verarbeitung. Köln Weimar Wien. S. 3-28.

Litauische Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg

Von Ingolf Seidel

Litauen ist, ähnlich seiner baltischen Nachbarstaaten Estland und Lettland, gezeichnet durch eine wechselvolle und dramatische Geschichte. Im August 1940 besetzte de facto die Sowjetunion das Land, auch wenn es sich bei dem Akt offiziell um einen Beitritt Litauens handelte. Anfangs hatten noch Teile des litauischen Militärs und der Gesellschaft die Sowjetrepublik unterstützt. Dies änderte sich im Zuge der schnellen tiefgreifenden Sowjetisierung und infolge der massiven Repression, die von Erschießungen und Deportationen in die Gulags begleitet war. Diese Zeit hat sich tief in die litauische Erinnerung eingegraben, tiefer als die nachfolgende deutsche Besatzung, obwohl die Repression „weit hinter den Massenverbrechen der deutschen Besatzungszeit 1941 bis 1944 und der sowjetischen »Pazifizierung« 1944/1945 bis 1953“ (Dieckmann 2011: 151) zurückblieb. Bis zum Ende der deutschen Besatzung 1944 wurden ungefähr 200.000 Jüdinnen und Juden in Litauen ermordet (Vgl. Dieckmann: 792). Die Ermordeten fielen Pogromen und vor allem Massenerschießungen zum Opfer, an denen sich Litauer, wenn auch meist auf deutsche Initiative hin, beteiligten. Litauen war während der Besatzung das „Gebiet mit dem höchsten Anteil ermordeter Juden“ (Makhotina: 192), was sich in Teilen auf die Bereitschaft der örtlichen Bevölkerung, aktiv am Morden mitzuwirken, zurückführen lässt. Nach

der Frühjahrsoffensive der Roten Armee im Jahr 1944 wurde Litauen erneut sowjetisch. In den Wäldern kämpften die „Waldbrüder“, antikommunistische und häufig antisemitische Partisanen, die sich zum Teil aus pro-deutschen Einheiten rekrutierten, noch bis 1953 einen letztlich aussichtslosen Kampf, der in Terror gegen die lokale Bevölkerung mündete. Bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahr 1990 war Litauen eine Teilrepublik der Sowjetunion.

Der litauische Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg ist bis heute ein schwieriges Kapitel, in dem die Verantwortungsübernahme für die Kollaboration mit den deutschen Besatzern und die Beteiligung an der Judenvernichtung kleingeschrieben werden. Bis heute wurde kein_e litauische_r Kollaborateur_in auch nur angeklagt. Die Nivellierung der litauischen Beteiligung am Judenmord steht für eine Tendenz in der litauischen Geschichtsschreibung. Sie versucht, die Kollaboration als Folge einer angeblichen Verantwortung von Jüdinnen und Juden für Deportationen von Litauer_innen in die sowjetischen Gulags zu rechtfertigen (vgl. S. 353). Demgegenüber untersuchen kritische litauische Historiker_innen die Verstrickung in den Massenmord und dekonstruieren Mythen über die vorgebliche jüdische Verstrickung in den Terror der Sowjetmacht von 1940/41 und über die angebliche Toleranz der litauischen Gesellschaft.

Diskurse und Repräsentationen des Zweiten Weltkriegs in litauischen Museen

Die Historikerin Ekaterina Makhotina hat sich in ihrer jüngst erschienenen Dissertation der litauischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg angenommen. Dafür hat sie sich mit den Diskursen, vor allem jedoch mit den Repräsentationen des Krieges in litauischen Museen beschäftigt. Darüber hinaus hat die Historikerin soziale Erinnerungspraxen, also Gedenkrituale und Akteure mittels Interviews untersucht. Um ein annähernd vollständiges Bild zu zeichnen, hat Makhotina auch die sowjetische Perspektive und ihre Geschichtspolitik sowie die Museumsgestaltung nach den Richtlinien des Marxismus-Leninismus ausführlich rekonstruiert. So gelingt es ihr, die Entstehung und Entwicklung des sowjetischen Narratives über den „Großen Vaterländischen Krieg“ vor allem in seiner Ausprägung in Litauen, aufzuzeigen. Diese Entwicklung war keineswegs stringent, sondern durch viele Improvisationen geprägt. In den baltischen Republiken waren die Rückgriffe auf nationale folkloristische Elemente besonders ausgeprägt, was sie zu regelrechten Schaufenstern für den Westen werden ließ (S.49). Gleichzeitig lag die Entwicklung eines eigenständigen litauischen Nationalismus nicht im Interesse der Sowjetmacht. Die Sowjetisierung Litauens in der Nachkriegszeit kann aber aufgrund der Identifikationsangebote, die nicht zuletzt von den litauischen Eliten angenommen wurden, kaum als ein „totalitäres“ Projekt der Staatsspitze gewertet werden oder

auch nicht, wie es dem litauischen Diskurs während der Perestroika entsprach, als „gewaltsame Russifizierung, als Kolonisierung oder auch als genozidale Politik in der okkupierten Litauischen Republik diskutiert und bewertet werden.“ (S.49) Makhotina zeigt auf, dass die litauische Sowjetisierung und die damit verbundene Geschichtspolitik komplexer abliefen. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg folgte in der litauischen Sowjetrepublik grundsätzlich dem heroischen Narrativ des „Großen Vaterländischen Krieges“ das vor allem aktive Kämpfer_innen und Märtyrer_innen in den Mittelpunkt stellte (Vgl. S. 119). Dazu kam für Litauen „die Aufgabe (...), nach den selbstlosen Kämpfern aus dem eigenen Volk zu suchen.“ (S. 119) Diese Suche stieß jedoch an Grenzen, „da der litauische nationale Widerstand gegen die deutschen Besatzer nicht sehr ausgeprägt war“ (S. 120). Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass nicht nur an sowjetische Kriegsgefangene, sondern auch Jüdinnen und Juden als Märtyrer_innen erinnert wurde, ohne sich jedoch mit ihrem Schicksal detailliert zu beschäftigen oder sie als größte Opfergruppe zu kategorisieren.

Die vorrangige und integrierende Funktion sowjetischer Geschichtspolitik bestand darin, dass Litauer_innen sich ausschließlich als Opfer der deutschen Besatzung sehen konnten (S. 121). Makhotina weist die Sinnstiftungsfunktion der Kriegserinnerung nicht nur anhand der sowjetischen Geschichtspolitik nach, sondern geht im ersten Teil ihrer Arbeit auf die Symbolpolitik, die sich in litauischen Kriegsdenkmälern

niederschlägt ein. Ihren Niederschlag findet die sowjetische Geschichtspolitik auch in den unterschiedlichen Museen in und außerhalb von Litauen. Dazu zählt in erster Linie das 1948 neu eröffnete Revolutionsmuseum, in dem der „Große Vaterländische Krieg“ in einem besonderen Raum präsentiert wurde. Der Ausstellung ging es darum, emotionalisierend die Einheit der litauischen Bevölkerung mit der Kommunistischen Partei und den Kampf gegen die deutschen Besatzer darzustellen (vgl. S. 148). Dabei spielen immer wieder die Motive des sowjetischen Patriotismus und der glorreich dargestellten Sowjetmacht als Identifikationsangebote mit. Heroismus, Märtyrertum, Emotionalisierung, sowjetischer Patriotismus und die litauische Nation als Opfer prägten auch andere Erinnerungsorte in Litauen wie die Gedenkstätten für das im Rahmen einer Mordaktion im Juni 1944 mit sämtlichen Bewohnern vernichtete Dorf Pirčiupis oder im Neunten Fort in Kaunas, wo während der Besatzung bis zu 50.000 Menschen ermordet wurden, davon 30.000 Jüdinnen und Juden. Im 1960 eröffneten „Gedenkmuseum“ (S. 165) von Pirčiupis wurden Gegenstände und eine Urne mit der Asche der Opfer ausgestellt, um Mitleid zu erwecken. Gleichzeitig wurden die Einwohner_innen als wehrhaft dargestellt. Grundlegend ist, entsprechend den Darstellungen im Revolutionsmuseum, die Präsentation des Sozialismus als neuem, modernerem und überlegenerem Gesellschaftssystem. In der Symbolik des lokalen Denkmals, der „Mutter von Pirčiupis“ aus dem Jahr 1958,

wurde auf eine Frauengestalt zurückgegriffen, die Trauer und Entschlossenheit darstellt. „Die Figur hatte (...) die Funktion der Mutter-Heimat inne“ (S. 160) und wurde zu einem Trauersymbol im gesamten Sowjetstaat. Auch im 1959 eröffneten Museum wurde in der musealen Inszenierung auf das Motiv kommunistischer Märtyrer, auf Heldenmotive und auf Emotionalisierungen durch schockierende Bilder von Massenerschießungen und Leichenbergen zurückgegriffen. Es sollte deutlich gemacht werden, dass die alte Ordnung, im Gegensatz zum Sozialismus stehend, für die Verbrechen verantwortlich war. Im Mittelpunkt der sowjetischen Gedenkstätten, so fasst Makhotina zusammen, stand nicht das Gedenken, sondern der erfolgreiche Kampf von Sowjetbürger_innen und Kommunist_innen (Vgl. S. 189).

Darstellung und Erinnerung an die Judenvernichtung

Bekanntlich gab es in der Sowjetunion keine spezifische Erinnerung an die Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Deren Präzedenzlosigkeit wurde aufgrund der universalistischen Einordnung des anti-jüdischen Massenmordes als Teil der Gewalt gegen die Sowjetunion nicht erfasst. Dennoch geht Makhotina davon aus, dass von einer ausdrücklichen Tabuisierung des Holocaust nicht gesprochen werden kann. Vielmehr macht sie eine „Bemäntelung oder Marginalisierung der genozidalen Intention der deutschen Besatzer“ (S.194) aus. Die sowjetische Politik der Heroisierung und der Viktimisierung von ethnischen

Litauer_innen ging eindeutig zulasten der Erinnerung an die jüdische Bevölkerung (Vgl. S. 198). Für die post-sowjetische Erinnerung macht Makhotina in der sowjetischen Geschichtspolitik eine Ursache darin aus, dass „Staaten wie die Ukraine, Lettland oder Litauen nach der Erlangung der Unabhängigkeit so zögerlich mit dem Holocaust umgingen“ (S. 240). Gleichzeitig habe in der Transformationszeit nach 1988 eine Nationalisierung der Geschichtsdeutungen stattgefunden, die mit Begriffen wie „nationale ‚Wiedergeburt‘“ oder „die Geschichte Litauens kehrt zurück“ umschrieben wurde (S. 240). In diesem Rahmen wurde das diktatorische Regime der Zwischenkriegszeit von Antanas Smetona rehabilitiert. Die litauische Nation wurde ausschließlich als Opfer einer fremden Macht, die für den Sozialismus verantwortlich sei, dargestellt. So wurde der autoritäre Sozialismus mit der Form einer Fremdherrschaft gleichgesetzt, „obwohl historische Studien - vor allem von Nijolė Maslauskienė – belegten, dass die Mehrheit der KPL Mitglieder Litauer waren.“ (S.251)

In Litauen wurden, wie in anderen post-sowjetischen Staaten, im Zuge der Unabhängigkeit viele Denkmäler aus der sowjetischen Zeit abgerissen und gleichzeitig neue Erinnerungsorte eingerichtet, die an den sowjetischen Terror und den antisowjetischen Widerstand erinnern. Auch Museen und Ausstellungen wurden umgestaltet oder neu eingerichtet. So wurde die Ausstellung im Neunten Fort in Kaunas durch die noch aus der Sowjetzeit stammenden

Mitarbeiter_innen umgestaltet. Aus der vormaligen Ausstellung über den Zweiten Weltkrieg wurde das Museum der Okkupationen, das sich schwerpunktmäßig mit den Verbrechen des Stalinismus beschäftigt (Ausführlich zum Neunten Fort s. den Artikel von Ekaterina Makhotina: Das Neunte Fort in Kaunas. Litauen zwischen Gulag- und Holocausterinnerung). Makhotina zeigt anhand der Holocaust-Ausstellung im staatlichen jüdischen Museum in Vilnius, dem sogenannten Grünen Haus, eine Entwicklungslinie in der Präsentation der Judenvernichtung auf, die sich heute „nicht nur auf die Erfahrungsgeschichte jüdischer Überlebender“ stützt, sondern auch „Einflüsse der internationalen Musealisierungspraxis des Holocaust“ (S.351), wie sie in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem präsent sind erkennen.

Musealisierung des Stalinismus

Ein anderer Strang der Untersuchung widmet sich der Musealisierung des Stalinismus in Litauen, für den als Ort das Museum für Genozidopfer in der Hauptstadt Vilnius steht. Von den sowjetischen Deportationen 1940/41 waren in Litauen ungefähr 142.000 Menschen aus allen sozialen Schichten und ethnischen Gruppen der litauischen Bevölkerung betroffen. Dazu gehörten Pol_innen, Jüdinnen und Juden, Russ_innen und Belaruss_innen, also nicht nur die litauische Mehrheitsgesellschaft. Viele der Verschleppten starben aufgrund der Bedingungen in den Gulags. Vor allem litauische Emigrant_innen benutzen für die Verbrechen der Sowjetmacht den

Begriff Genozid und nutzten zu dessen Untermauerung erhöhte Zahlen von 350.000 bis 800.000 Opfern. Die Einordnung des sowjetischen Terrors als Genozid ist durchaus umstritten, allein, weil die entsprechende UN-Konvention aus dem Jahr 1948 die Ermordung sozialer und politischer Gruppen nicht einschließt. Das geschichtspolitische Ziel der öffentlichen Verwendung des Genozidbegriffs in Litauen seit 1989 dürfte vor allem darauf abzielen, Strukturgleichheiten von Nationalsozialismus und Stalinismus zu behaupten. Makhotina weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die anderen baltischen Staaten sich dieser Terminologie enthalten und, dass er in der Ukraine erst seit 2006 verankert ist (vgl. S. 300).

Das heutige Museum für Genozidopfer ist als historischer Ort vielfältig. Das Gebäude diente seit Ende des 19. Jahrhunderts als Gerichtsgebäude unter russischer und polnischer Herrschaft. Zum Gefängnis für politische Gegner_innen wurde es erst ab 1940, also im Zuge der ersten Sowjetisierung Litauens. Die deutschen Besatzer nutzten es für den Generalstab der Gestapo. Die im Keller befindlichen Zellen dienten als Gefängnis für Kommunist_innen, Pol_innen sowie Juden und Jüdinnen. In der zweiten sowjetischen Periode war der Bau erst Gefängnis. Zu Beginn der 1960er Jahre fungierte es Lager des KGB-Archivs. Bereits 1992 wurde es als das heutige Genozidmuseum eingerichtet (vgl. S.309f). Obwohl der Fokus auf beiden Besatzungen liegen sollte, ist allein die sowjetische Zeit gemeint. Wie an anderen von Makhotina analysierten

Orten wird auch im Museum für Genozidopfer in erster Linie auf Emotionalisierung gesetzt. Ein quellenkritischer Umgang mit den Exponaten unterbleibt zugunsten der nationalen Opferstilisierung. Das fällt besonders bei der Darstellung der antisowjetischen Partisanen ins Gewicht. In den beiden Räumen, die dem antisowjetischen Widerstand gewidmet sind, wird, wie der Rezensent durch Augenschein bestätigen kann, aufwendig mit Audio-Effekten und einer Waldinstallation gearbeitet. Nationale Symbole sind nahezu omnipräsent. Abstoßend wirkt die unkommentierte Verwendung von antisemitischen Karikaturen, die sich gegen die Sowjetmacht richten und das Stereotyp des „jüdischen Bolschewismus“ aufgreifen (vgl. S.318). Bei der Präsentation von Fotografien wird im Museum auf Schockeffekte gesetzt, ohne dass zwangsläufig der historische Kontext verdeutlicht wird. So wird durch die Verwendung von Schienensträngen und Koffern eine Assoziation zu Bildern aus Auschwitz hergestellt. Makhotina konstatiert, dass die postsowjetischen litauischen Musealisierung „die Beschränkung der eigentlich ethnisch übergreifenden Gewalterfahrungen der Einwohner Litauens (...) auf die ethnisch litauischen Opfer steht in der Tradition des Geschichtsbildes, wie es in der Umbruchszeit der 1980er Jahre formuliert wurde und welches wiederum an die nationalistischen Konzeptionen der Zwischenkriegszeit anknüpft.“ (S.332)

Obwohl die heutige litauische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg durchaus heterogen und konfliktbeladen ist, dominieren in

den staatlichen musealen Repräsentationen nationalistische Konzeptionen, die einer modernen offenen Museumskultur und didaktischen Grundprinzipien zuwiderlaufen. Makhotinas differenzierte Darstellung ist ein großes Verdienst. Sie entwirft ein kritisches Bild der sowjetischen Kriegserinnerungen, ohne in totalitarismustheoretische und somit ideologische Fallen zu geraten. Mit ihrer Analyse der postsowjetischen Diskurse und Musealisierungsbewegungen bewegt sie sich auf einem geschichtspolitisch und identitätspolitisch aufgeladenen Feld. Desto wichtiger ist ihre sachliche Analyse der nationalen Vereindeutigungen litauischer Museen. Das Buch „Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen“ hat auch in diesem Sinn das Potenzial, für die nächsten Jahre ein Standardwerk für die Auseinandersetzung um postsowjetische Erinnerung zu werden.

Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg. Göttingen. 2017.

Weitere Literatur:

Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944. Göttingen 2011.

Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa, Stichwort Litauen, <http://www.memorial-museums.org/laender/detail/14/Litauen> (eingesehen 16. Januar 2017)

Conflict and Memory: Bridging Past and Future in [South East] Europe

Von Frederik Schetter

Ein Verständnis für historisch-politische Prozesse Osteuropas befindet sich, auch wenn Länder wie beispielsweise Polen oder die Ukraine aufgrund aktueller Konfliktsituationen und politischer Entwicklungen verstärkt im Fokus stehen, zum heutigen Zeitpunkt in Deutschland noch in der Entwicklungsphase. Dies gilt im besonderen Maße für die Region um die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. In dieser Region lassen sich – ebenso wie in vielen anderen osteuropäischen Staaten – aktuell verstärkt wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen um die Deutung der Vergangenheit feststellen. Regierungen nehmen vermehrt Einfluss auf Geschichtspolitik; historische Narrative werden dekonstruiert, vereinfacht oder zunehmend nationalistisch geprägt.

Europäische Perspektive

Ein von Wolfgang Petritsch und Vedran Džihic im Jahr 2010 herausgegebener Sammelband liefert Analysen und Prognosen hinsichtlich geschichtspolitischer und erinnerungskultureller Prozesse sowohl in Südosteuropa als auch darüber hinaus. Die Beiträge gehen dabei von der Prämisse aus, dass der Umgang mit einer konfliktbeladenen und kontrovers diskutierten Vergangenheit nicht allein eine südosteuropäische, sondern eine gesamteuropäische Herausforderung sei und arbeiten jeweils

europäische Perspektiven heraus.

Die insgesamt 23 kompakten Essays des Sammelbandes sind in drei Abschnitte strukturiert. Den besonders lesenswerten theoretischen Einführungen folgen acht Beiträge, welche den Fokus auf Erinnerungskulturen und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Staaten der Europäischen Union wie beispielsweise Spanien, Polen oder Deutschland richten. 13 Analysen von unterschiedlichen Aspekten erinnerungskultureller Prozesse in südosteuropäischen Ländern bilden daran anschließend den Hauptteil des Sammelbandes.

Wettstreit von historischen Narrativen und Opfergruppen

Jasna Dragovic-Soso analysiert in ihrem einleitenden Beitrag die Beziehung zwischen Konflikt und Erinnerung. Sie arbeitet den konstruktivistischen Charakter eines kollektiven Gedächtnisses und die Rolle der politischen Eliten dabei heraus. Die Konstruktion von Erinnerungskultur(en) werde nicht allein von den politischen Eliten getragen, sondern sei vielmehr ein Wettbewerb zwischen von Eliten geschaffenen und alternativen, gesellschaftlich geprägten Narrativen. Kollektiven Mythen schreibt Dragovic-Soso eine zentrale Rolle für Angst bei bestimmten Bevölkerungsgruppen bis zur Entwicklung von bewaffneten Konflikten zu. Einmal längere Zeit bei betreffenden Gruppen vorhanden, ließen sich solche Mythen zudem schwer aufbrechen.

Konstanty Gebert setzt sich in seinem Essay mit dem polnischen und jüdischen Blick auf den Holocaust auseinander. Die Verbrennen an den polnischen Jüd_innen habe bei vielen Pol_innen – trotz eigener Gewalterfahrungen – keinesfalls für Empathie gesorgt. Gebert verweist auf unterschiedliche historische Situationen und Zeitzeug_innenberichte und sieht beispielsweise das Geschichtsnarrativ, dass manche jüdische Pol_innen 1939 die sowjetische Okkupation bejubelt und somit „Verrat“ begangen hätten, als Grundlage und Ausdruck eines polnischen Antisemitismus. Auf Basis unterschiedlicher Vergangenheitserfahrungen sei es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwischen den Opfergruppen zu einem Wettstreit bzgl. Deutungshoheiten und Anerkennung gekommen. Gebert plädiert für eine höhere Akzeptanz des jeweils anderen Narrativs – ohne das eigene Geschichtsbild aufzugeben.

Aufbrechen sozialistischer Geschichtsbilder

Vergangenen und aktuellen geschichtspolitischen Prozessen in Bosnien und Herzegowina widmet sich Edin Hajdarpasic. Er blickt dabei vor allem auf die Geschichte des Landes innerhalb des jugoslawischen Staates und arbeitet frühere und aktuelle Geschichtsbilder heraus. So habe die sozialistische Regierungspartei während und nach dem Zweiten Weltkrieg ein Geschichtsbild geprägt, welches Serben, Kroaten und Muslime zum einen als Opfer des Faschismus und zum anderen als siegreiche kommunistische Revolutionäre stilisierte. Hajdarpasic

hebt hervor, dass speziell nach dem Ende Jugoslawiens diese konstruierte Einheit aufgebrochen wurde. Stattdessen seien in Bosnien und Herzegowina zunehmend Serben und Kroaten dem Vorwurf ausgesetzt, Faschisten zu sein – und somit das Gegenteil dessen, als was sie der Geschichtsnarrativ jahrzehntelang festgeschrieben habe.

Peter Vodopivec nimmt sich der historisch-politischen Auseinandersetzungen in Slowenien seit Anfang der 1990er Jahre an. Er zeichnet ein von kontroversen, oftmals polemisch und teils ohne Sachkenntnis geführten Debatten geprägtes Bild und arbeitet Defizite speziell bei der wissenschaftlichen Erforschung von geschichtsdidaktischen und -pädagogischen Elementen heraus. Gleichzeitig zeigt er auf, wie Historiker_innen kommunistisch geprägte Narrative seit dem Ende der Sowjetunion zunehmend dekonstruieren und eindimensionale Geschichtsbilder mehr und mehr in Frage stellen.

Der abschließende Beitrag von Florence Hartmann geht auf die historisch-politische und strafrechtliche Aufarbeitung in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ein und setzt sie in Beziehung zum Umgang mit der NS-Vergangenheit im Deutschland der Nachkriegszeit. Im Gegensatz zur Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die politischen Eliten im ehemaligen Jugoslawien das Gefühl, für jene in den 1990er Jahren begangenen kollektiven Gewaltverbrechen nicht verantwortlich zu sein. Die Gründe dafür sieht Hartmann bei der internationalen Gemeinschaft, speziell dem Internationalen Strafgerichtshof für

das ehemalige Jugoslawien. Dieser habe es trotz einer transparenten strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen nicht geschafft, eine lokale und individuelle Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anzustoßen. Stattdessen werde im persönlichen Umgang ein Mantel des Schweigens über die Verbrechen gelegt. Diesen aufzulösen und sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen, arbeitet Hartmann als zwingend notwendig heraus.

Zusammenfassung

Der Sammelband analysiert aktuelle historisch-politische Prozesse und Probleme in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens aus einer gesamteuropäischen Perspektive. Die kurzen, länderspezifischen Beiträge arbeiten historische Narrative und weitere geschichtspolitische Aspekte einzelner Staaten heraus und stellen sie in den Kontext der europäischen Erinnerungskulturen, speziell in den Kontext der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Dadurch entsteht ein differenziertes, ausgewogenes Bild der südosteuropäischen Erinnerungslandschaft und Geschichtspolitik. Besonders Leser_innen, welche einen ersten Eindruck über Erinnerungskulturen spezifischer südosteuropäischer Länder erhalten wollen, kommen auf diese Weise auf ihre Kosten.

Wolfgang Petritsch; Vedran Džihic (Hrsg.): Conflict and Memory: Bridging Past and Future in [South East] Europe, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2010, 69 €.

Erinnern mit Hindernissen

Von Christian Schmitt

In osteuropäischen Staaten wie Ungarn, Russland oder Polen gehören politisch ausgeschmückte Geschichtsnarrative wie selbstverständlich zum Repertoire der dort Regierenden und dienen dabei leicht durchschaubaren Zwecken der Selbstlegitimierung. Wie dies im konkreten Fall von Polen geschieht, zeigt etwa eine [Themenseite auf dem Webportal Zeitgeschichte Online](#). Der von Rudolf Jaworski und Jan Kusber herausgegebene Sammelband „Erinnern mit Hindernissen. Osteuropäische Gedenktage und Jubiläen im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ widmet sich auch, aber nicht nur der polnischen Erinnerungskultur (ein Aufsatz betrachtet das Gedenken an den Warschauer Aufstand). In insgesamt elf Beiträgen nehmen sich die Autor_innen ausgewählter Ereignisse der regionalen Geschichte an und analysieren die historische Entwicklung der von wechselnden politischen Verhältnissen geprägten Erinnerung an sie bis in die Gegenwart. Nach Jaworskis einleitender und einordnender Betrachtung osteuropäischer Jubiläen und Gedenktage umfasst das Themenspektrum „große Ereignisse“ wie die Oktoberrevolution, aber auch weniger bekannte Stadtjubiläen in Russland oder Revolutionsmythen in Rumänien und Ungarn.

David Feest beleuchtet in einem Aufsatz die – letztlich erfolglosen – Versuche der sowjetischen Regierungen, die Eingliederung des Baltikums in die UDSSR 1940 im

Nachhinein als sozialistische Revolution in der Erinnerungskultur der baltischen Bevölkerung zu verankern. Der Autor stellt zunächst die Fälschlichkeit des Revolutionsbegriffs für die Vorgänge von 1940 heraus: Der Beitrittsprozess erfolgte auf massiven militärischen Druck der Sowjetunion, die bereits seit 1939 Truppen in Estland, Litauen und Lettland stationiert hatte. Feest zu Folge machten die sowjetischen Besatzer aus einer Vielzahl von Gründen zunächst auch gar keine Anstalten, ein revolutionäres Bild zu inszenieren; zu offensichtlich war die sorgfältige Vorbereitung aus Moskau. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte die Interpretation der Ereignisse keinem festen Schema und schwankte laut Feest insbesondere in der Frage, ob die Demonstrationen im Juni oder der offizielle Beitritt zur UDSSR im Juli 1940 entscheidender Bezugspunkt der Erinnerungskultur sein sollten.

Strategien der offiziellen Erinnerung: „Geerbte Legitimität“ und „geborgte Legitimität“

Erst in den 1960er-Jahren macht der Autor Versuche aus, solche Widersprüchlichkeiten zu beseitigen: Tageszeitungen marginalisierten die „Juniwende“, wohingegen der 21. Juli als Gründungstag aller drei Sowjetrepubliken aufwändig gefeiert wurde. Als Legitimation für die gesellschaftliche Umgestaltung seit 1940 dienten jedoch von Anfang an andere Narrative. Feest verweist hier hauptsächlich auf zwei Strategien: „Geerbte Legitimität“ und „geborgte Legitimität“. Erstere verfolgte das Ziel, vom „eigentlichen sowjetischen

Gründungsmythos – der Oktoberrevolution – zu zehren, indem man die Ereignisse von 1940 nur als ihre nachgeordnete Instanz betrachtete“ (S. 189). Die „geborgte Legitimität“ folgte dagegen dem Muster, den Revolutionsmythos mangels eigener Symbolik mit Ereignissen und Ritualen zu verknüpfen, die – im Gegensatz zur Oktoberrevolution – in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit ihm standen, selbst jedoch über eine mobilisierende Wirkung verfügten. Unter anderem am Beispiel der estnischen Sängerfeste zeigt Feest, wie das Sowjetregime versuchte, „die emotionale Wirkung [...] ursprünglich dezidiert national geprägte[r] Veranstaltung[en] für sich nutzbar zu machen“ (S. 191). Schließlich schlussfolgert Feest, dass nicht zuletzt parteiinterne Deutungskämpfe dafür sorgten, dass man heute von einer „vergessenen Revolution“ sprechen kann, die in der Erinnerungskultur von Lett_innen, Est_innen und Litauer_innen keine nennenswerte Rolle einnimmt.

In einem anderen Beitrag widmet sich Elena Mannová der Erinnerung an den slowakischen Nationalaufstand von 1944 (SNP). Die Bewertung des Aufstands war bereits unmittelbar nach seiner Niederschlagung keinesfalls einheitlich: Sprach das slowakische Kollaborationsregime anschließend von einem kleinen Putsch, „als Werk ‚nichtslovakischer‘ Elemente“ (S. 202), wollten die deutschen Besatzer mit allen Mitteln einen bedeutenden Sieg verkünden. Die Autorin setzt daraufhin unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg an, als Bezirks- und Ortsnationalausschüsse von der

tschechoslowakischen Selbstverwaltung aufgefordert waren, den ersten Jahrestag „auf würdevolle und prächtige Weise“ (S. 203) zu feiern. Ziel war es, für den Wiederaufbau des Landes im Rahmen der Tschechoslowakei zu werben. Laut Mannová spiegelten schon die darauf folgenden Jahrestage „den Kompetenzverlust der slowakischen Nationalorgane zugunsten der Prager Institutionen wider“ (S. 205).

Kommunistische Selbstlegitimierung vs. Streben nach nationaler Identität

Nach der Machtübernahme „gewann die [Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPČ)] das exklusive Recht, das ‚historische Erbe‘ des SNP zu gestalten“ (S. 208). Die Autorin zeigt an mehreren Beispielen, wie in den Folgejahren die nun gesamtslowakischen Jubiläumsfeiern die Unterstützung des Aufstandes durch die UdSSR sowie die herausragende Rolle der Kommunistischen Partei für sein Zustandekommen betonten – in wechselnden Formen, aber immer mit dem Motiv, der SNP sei ein Meilenstein auf dem slowakischen Weg zum Sozialismus und zum Sieg über den Faschismus gewesen. Mit der vollständigen Zentralisierung der Tschechoslowakei 1960 wurde der Deutungskampf um den SNP ein Bestandteil innerparteilicher Machtkämpfe. Die offizielle – vermeintlich versöhnliche – Botschaft der Feierlichkeiten war Ende der 1960er-Jahre die „Existenz zweier sozialistischer Nationen und ihr [...] gemeinsame[s] sozialistische[s] Zusammenleben“ (S. 216). Die Widersprüche dieser Argumentation waren angesichts der wachsenden

Zusammenfassung

slowakischen Unzufriedenheit mit dem „national-nihilistischen[n] politische[n] Kurs“ (S. 216) allerdings kaum noch zu kaschieren. Bislang verschwiegene Umstände des SNP wurden 1968 erstmals frei in der Presse diskutiert; im selben Jahr wohnten seit langem auch wieder Vertreter_innen des demokratischen Widerstands den Feierlichkeiten bei. Mannová konstatiert die Unmöglichkeit, die weitere Nationalisierung des Andenkens ab den späten 1960er Jahren zu stoppen oder gar umzukehren.

Auf die politische Wende von 1989 folgte eine erinnerungskulturelle Wende, die den SNP offiziell zu einer „demokratischen[n], proeuropäische[n] Tradition“ (S. 219) und zur „Grundlage für die demokratische Rekonstruktion der nationalen Identität“ (ebd.) machte. Und dennoch verlor das Gedenken an den Aufstand in der slowakischen Öffentlichkeit zunehmend an Bedeutung. Mannová sieht einen wichtigen Grund hierfür darin, dass „nach der Entstehung des selbstständigen Staates die Bedeutung eines nationalen Gedächtnisorts, den man gegen die Tschechen verteidigen musste“ (S. 220), entfiel. Abschließend fügt eine vergleichende Betrachtung von offiziellem und inoffiziellem Gedächtnis an den SNP der Abhandlung eine weitere aufschlussreiche Perspektive hinzu und verdeutlicht noch einmal die Gegenläufigkeit von kommunistischer Selbstlegitimierung und dem slowakischen Streben nach nationaler Identität.

Die elf Aufsätze im Sammelband von Jaworski und Kusber werfen anhand naheliegender Beispiele einen aufschlussreichen Blick auf die historische Entwicklung osteuropäischer Erinnerungskulturen und ihre auch heute noch wahrnehmbaren Ausprägungen. Die Beiträge machen Prozesse sichtbar, deren Kenntnis einen Beitrag zum interkulturellen Verständnis zu leisten vermag und die Identität der ehemals kommunistischen Staaten und Gesellschaften ein Stück weit begreifbar macht. Für Leser_innen ohne fundierte Kenntnisse der osteuropäischen Geschichte empfiehlt sich die Zuhilfenahme eines (digitalen) Nachschlagewerkes, setzen die Autor_innen doch ein überdurchschnittliches Maß an Hintergrundwissen voraus.

Rudolf Jaworski, Jan Kusber (Hrsg.): *Erinnern mit Hindernissen. Osteuropäische Gedenktage und Jubiläen im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, LIT Verlag, Berlin 2011. 292 Seiten, 29,90 Euro.

Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen

Von Frederik Schetter

Seit ihrem Antritt im Oktober 2015 setzte die nationalkonservative Regierung Polens mehrere umstrittene Mediengesetze und Gerichtsreformen durch. Es mehren sich im europäischen und internationalen Ausland die Stimmen, die vor einer Umwandlung Polens in einen autoritären Staat warnen. Die Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) setzt – beispielsweise bei Debatten um Geflüchtete oder über den Umgang mit Russland – zunehmend auf nationalistische Töne. Geschichtliche Narrative dienen ihr dabei als Legitimationsressource. Den aktuellen politischen Prozessen und speziell der Frage, was diese für die polnische Geschichtspolitik bedeuten, widmet sich eine auf dem zeithistorischen Fachportal Zeitgeschichte Online veröffentlichte [Sammlung von insgesamt sechs Beiträgen](#). In diesen analysieren Geschichts-, Kultur- und Sozialwissenschaftler_innen unterschiedliche Aspekte historischer Narrative, stellen sie jeweils in den Kontext der aktuellen politischen Situation und wagen einen Blick in die Zukunft.

Nationalistische Geschichtspolitik ohne Grautöne

Kathrin Stoll, Sabine Stach und Magdalena Saryusz-Wolska setzen sich in ihrem einführenden Beitrag mit dem Versuch der aktuellen polnischen Regierung auseinander, eine nationalistische Sicht der Vergangenheit

zum dominierenden Narrativ zu machen. Beispiele wie die Einflussnahme auf historische Ausstellungen, aber auch der Umgang mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa oder dem Historiker und Soziologen Jan Tomasz Gross zeigen sowohl die Intention, „sämtliche als ‚feindlich‘ etikettierte Interpretationen zu marginalisieren oder zu überdecken“, als auch die vielfältigen Mittel, derer sich die Regierung dabei bedient. Das Institut für Nationales Gedenken (IPN) sehen die Autorinnen dabei zukünftig in einer zentralen Rolle für die von der polnischen Regierung praktizierten Geschichtspolitik.

Karol Franczak und Magdalena Nowicka arbeiten auf dieser Basis drei Phänomene heraus, welche die aktuelle Geschichtspolitik prägen. Erstens die Schaffung eines positiv konnotierten, jeglicher Grautöne beraubten Geschichtsbildes, in dem Polen als „Nation der Gerechten“ präsentiert wird. Zweitens die Diskreditierung von bisherigen Autoritäten wie beispielsweise Lech Wałęsa. Drittens die zunehmende sprachliche Polarisierung, die „wissenschaftliche Analysen beinahe obsolet erscheinen“ lasse, da Kritik an der Regierung und ihren Kommunikationsformen als „Verrat an der Nation“ definiert werde und Selbstkritik praktisch nicht existent sei. Diese letzte Beobachtung, so arbeiten Franczak und Nowicka schlüssig heraus, gelte jedoch ebenfalls für die Opposition, die darüber hinaus auch keine „positive Alternative zur rechtskonservativen Gegen-Geschichte“ besitze.

Polarisierung, Professionalisierung und Radikalisierung

Maria Kobielska widmet sich dem Narrativ der „Verstoßenen Soldaten“. Das Gedenken an die polnischen Partisanenverbände, die im Rahmen des Zweiten Weltkriegs gegen Nationalsozialisten und Rote Armee kämpften, bilde die Basis des aktuellen „Erinnerungsbooms“. Aspekte wie schwere, teils antisemitisch begründete Verbrechen, welche die Partisan_innen begingen, verschweige vor allem das nationalkonservative Spektrum. Anstatt die Komplexität und Ambivalenz der Thematik herauszuarbeiten, werde diese so auf eine einfache, einen heroischen und antikommunistischen Narrativ bedienende Formel gebracht. Kobielska hebt hervor, dass sich dies – obwohl sich eine dahingehende Tendenz schon seit den 1990er Jahren zeige – in der letzten Zeit „von einem Nischen- zu einem Mainstream-Phänomen“ wandle und durch die aktuelle Regierung zunehmend professionalisiert werde.

Der Frage, wie sich die aktuelle Geschichtspolitik bildlich niederschlägt, gehen Magdalena Saryusz-Wolska und Piotr Forecki in ihren Beiträgen nach. Erstere analysiert den visuellen Diskurs in der rechtskonservativen Presse. Sie kommt zu dem Schluss, dass diese in zunehmend radikaler Art und Weise mit Feindbildern – besonders häufig sind dies Deutschland, Europa oder Russland – agiere und unliebsame Journalist_innen oder Politiker_innen entweder als Nationalsozialist_innen oder als Kommunist_innen abstempele. Forecki nimmt sich der polnischen Film- und Serienlandschaft an.

Er arbeitet als Reaktion auf eine zunehmende Enttabuisierung der polnischen Geschichte durch beispielsweise die Enthüllung der Verbrechen von Jedwabne eine Geschichtspolitik heraus, welche „die polnischen Leiden und Verdienste des Zweiten Weltkriegs in den Vordergrund“ stelle. Dabei betont er, dass ein solches Narrativ zwar aktuell von der polnischen Regierung genutzt werde, aber bereits Jahre vorher begründet und reproduziert wurde.

Den letzten und besonders lesenswerten Beitrag bildet ein Interview mit dem polnischen Soziologen und Philosophen Andrzej Leder. Dieser ordnet die aktuelle politische Situation und die Geschichtspolitik der polnischen Regierung in einen historischen Zusammenhang ein. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sich aus der Betrachtung der Situation in Polen Rückschlüsse auf die politische Prozesse Europas ziehen lassen. So könne man hier, wie „in einem Labor [...]“ sehen, was passiert, wenn der Populismus die gesellschaftliche Hegemonie“ erlange.

Zusammenfassung

Die Beitragssammlung „Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen“ ist ein kompakter und aktueller Einstieg in die Geschichtspolitik Polens. Allen sechs Beiträgen gelingt es dabei auf schlüssige Weise, Geschichtsnarrative zu dekonstruieren und die Auswirkungen der aktuellen politischen Situation Polens herauszuarbeiten. Sie kritisieren in deutlichen Worten eine Geschichtspolitik, die von vereinfachenden Schwarz-Weiß-Mustern

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

geprägt ist – und liefern so ein klares Plädoyer für eine differenzierte, multiperspektivisch angelegte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Weitere Informationen zum Geschichtsportal Zeitgeschichte Online erhalten Sie auf <http://www.zeitgeschichte-online.de/profil>. Die Beiträge zum Themenschwerpunkt „Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen“ sind unter <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/verordnete-geschichte> zu finden.

Verwandte Diktaturen? History@Debate – der Webtalk der Gerda Henkel Stiftung und der Körber-Stiftung

Von Frederik Schetter

Eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus ist komplex und Ausgangspunkt für oftmals spannungsgeladene wissenschaftliche Debatten. Mehrere Beiträge des aktuellen LaG-Magazins arbeiten Aspekte des Themas in unterschiedlichen osteuropäischen Staaten heraus; in Deutschland ist der Historikerstreit der 1980er Jahre Ausdruck einer an Kontroversität kaum zu überbietenden geschichtspolitischen Diskussion. Im Kontext der Frage nach einer gemeinsamen Erinnerungskultur in West- und Osteuropa

diskutierten im Juni 2015 die Zeithistoriker Norbert Frei, Jörg Baberowski und – in einer moderierenden Rolle – Martin Sabrow über unterschiedliche Aspekte des Themas. Forum der Debatte war dabei der Webtalk History@Debate.

Geschichtsvermittlung und soziale Medien

Dieses Format wurde von der Gerda Henkel Stiftung und der Körber-Stiftung eingerichtet und greift aktuelle historisch-politische Diskussionen über Interpretationen der Vergangenheit auf. Die Veranstaltungen werden jeweils im Internet als Livestream angeboten und stehen auch in der Folge auf dem Wissenschaftsportal L.I.S.A der Gerda Henkel Stiftung zur Verfügung. History@Debate setzt verstärkt auf die Nutzung neuer Medien und auf Interaktion. So haben sowohl das Publikum vor Ort als auch Zuschauer des Livestreams die Möglichkeit, sich aktiv an der Debatte zu beteiligen: Nachrichten unter dem Twitter-Hashtag #historydebate werden während der Veranstaltung in regelmäßigen Abständen gebündelt in die Diskussion eingebracht, eine ausführliche Fragerunde für die Besucher bildet den Abschluss der Debatte.

In dieser Episode entwickelte sich zwischen Frei, Sabrow und Baberowski (letzterer steht wegen seiner umstrittenen Äußerungen zur Asylpolitik, etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in der Kritik) ein lebhafter, informativer und mit vielen Beispielen gespickter Diskurs.

Erinnerungskulturen und die Methode des historischen Vergleichs

Im Zentrum der ersten Minuten der Debatte steht dabei der Blick zurück auf die Ursprünge und Hintergründe des Historikerstreits. Alle drei stimmen der damals von Ernst Nolte vertretenden These vom „kausalen Nexus“ zwischen Verbrechen in der Sowjetunion und dem Holocaust explizit nicht zu und arbeiten Fehler bzw. Inkorrektheiten in Noltens Argumentation schlüssig heraus.

Daran anknüpfend widmen sich die Zeithistoriker unterschiedlichen methodischen und inhaltlichen Aspekten des wissenschaftlichen Diktaturvergleichs. Dabei unterstreichen sie im Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus vor allem Unterschiede, beispielsweise bei Gesellschaftsstrukturen oder bei der Frage, wie und gegen wen Gewalt angewendet wurde. Besonders interessant ist in diesem Kontext auch eine mehrminütige und teilweise kontroverse Diskussion, welche sich nach knapp einer Stunde aus der bei Twitter geäußerten Frage, was man aus Geschichte lernen könne, entwickelt.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung analysieren Frei, Sabrow und Baberowski unterschiedliche Aspekte der west- und osteuropäischen Erinnerungskulturen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus. Dabei stellen sie beispielsweise anschaulich dar, warum in Russland eher ein – von der Sowjetunion als Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg etablierter – Siegermythos vorherrsche,

während in Deutschland der Holocaust im Zentrum der Erinnerungskultur stehe.

Zusammenfassung

Der Webtalk History@Debate ist ein spannender Versuch, einem interessierten Publikum auf transparente und interaktive Weise einen Einblick in aktuelle geschichtswissenschaftliche Diskussionen zu bieten. Bei der Analyse des geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Umgangs mit Nationalsozialismus und Stalinismus in West- und Osteuropa liefern Frei, Sabrow und Baberowski eine lebhafte und teils kontroverse Diskussion – und zeigen Möglichkeiten und Grenzen der Methode des historischen Vergleichs auf.

Der Webtalk History@Debate zum Thema „Verwandte Diktaturen?“ ist unter https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/verwandte-diktaturen?nav_id=5877 abrufbar. Kommentare und Fragen zu aktuell geführten Debatten können unter dem Twitter-Hashtag #historydebate verfasst werden.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde / Zeitschrift Osteuropa

Von Christian Schmitt

Die seit dem Zusammenfall der Sowjetunion erkennbaren Entwicklungen und Konflikte im Osten Europas sind oftmals nur von kundigen Experten richtig einzuordnen. Das Verständnis für die kulturelle Heterogenität dieser Region ist in Deutschland noch immer nicht besonders ausgeprägt. Mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) existiert ein Forschungsverbund, der Wissen über und Kontakte nach Osteuropa vermittelt. In den acht internen Fachgruppen Geografie, Geschichte, Pädagogik, Politik, Recht, Religion, Slavistik und Wirtschaft möchte die Institution den wissenschaftlichen Austausch und den europäischen Dialog fördern. Dies erfolgt vorrangig durch die Veranstaltung von Fachtagungen und durch unterschiedliche Publikationen, etwa der Zeitschrift Osteuropa. Der gemeinnützige Verein mit Hauptsitz in Berlin ist in mehr als 20 deutschen Universitätsstädten mit seinen Zweigstellen vertreten.

Die DGO blickt mit ihren Vorgängerorganisationen auf eine lange Geschichte zurück. Bereits 1913 gründete sich in Berlin die Gesellschaft zum Studium Russlands. Erklärtes Ziel war es, mit Vorträgen und Publikationen das Wissen über den großen Nachbarn im Osten zu vergrößern und die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu fördern. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution erweiterte man den

Blick und rief an ihrer Stelle die Gesellschaft zum Studium Osteuropas (DGSO) und 1925 die Zeitschrift Osteuropa ins Leben. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme stand die wissenschaftliche Erforschung des osteuropäischen Kulturraumes jedoch im Schatten der völkischen Ostforschung. Jüdinnen und Juden sowie russische Emigrant_innen aus dem Umfeld der DGSO mussten fliehen oder wurden ermordet; 1939 wurde die Zeitschrift Osteuropa nach dem Überfall auf Polen eingestellt.

Von der „Feindbeobachtung“ zum Dialog

Seit 1949 existiert die DGO unter ihrem heute bekannten Namen, wenngleich seither längst nicht alles gleichgeblieben ist. So hat sich nach eigenen Angaben die Arbeit der Institution im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts von einer Art wissenschaftlichen „Feindbeobachtung“ mit Konzentration auf die Sowjetunion zu einer differenzierten und dialogorientierten Auseinandersetzung mit den osteuropäischen Staaten gewandelt. Als moderner Forschungsverbund agiert die DGO heute an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit und richtet den Fokus auf die gesamte Region von den östlichen EU-Staaten bis nach Zentralasien.

Die wichtigste Publikation der DGO ist noch immer die Zeitschrift Osteuropa. Sowohl in vergleichender als auch länderspezifischer Perspektive analysieren die bis zu 20 Beiträge pro Ausgabe Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des europäischen Ostens. Geschichtswissenschaft und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Projektvorstellung

Erinnerungskultur sind ebenfalls wiederkehrende Themen, wie etwa in dem bereits in einer früheren LaG-Ausgabe vorgestellten Heft „Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung“. Handbucharartige Doppelhefte sammeln außerdem als Referenzwerke die Grundlagen des Wissens über die Region.

Zusammenfassung

Unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde versammelt sich Expertise aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Mit der Zeitschrift Osteuropa greift sie in regelmäßigen Abständen gewinnbringende Themen aus der Region auf und leistet damit einen großen Beitrag zum Verständnis der Nachbarstaaten im Osten. Es lohnt sich, online einmal durch die bereits erschienenen Ausgaben der Zeitschrift zu stöbern. Zudem hält der Veranstaltungskalender insbesondere für Interessent_innen in und um Berlin einige reizvolle Themen bereit.

Weitere Informationen zur Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde erhalten Sie auf <http://www.dgo-online.org/>. Die Ausgaben der Zeitschrift Osteuropa sind auf <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/> bestellbar.

Unser nächstes Magazin erscheint am 29.03.2017 und trägt den Titel „Der große Terror 1937 - 1938 in der Sowjetunion“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.
Dieffenbachstr. 76
10967 Berlin
<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Frederik Schetter und Christian Schmitt

Das mehrsprachige Webportal wird seit 2004 gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin. Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.